

„Diese Rolle der SPD hat sich hier ausgespielt“

Krainhagen. Erwartungsgemäß weist die Ratsmehrheit der Gruppe „Mitte“ die Vorwürfe der Krainhäger SPD im Zusammenhang mit der ungewissen Zukunft des Berghüttenkomplexes zurück. Kernpunkt der Aussagen von Beate Krantz (CDU) und Konrad Bögel: Es lägen nicht alle Zahlen und Fakten auf dem Tisch.

Für die Gruppe „Mitte“ hat CDU-Fraktionsvorsitzende Krantz gestern noch einmal die wesentlichen Standpunkte unterstrichen. Seit Herbst 2000 stehe die Verschuldung des SV 45 auf er politischen Tagesordnung. Die SPD habe erst im November 2001 den Weg in die Opposition angetreten: „Bis dahin hätte sie doch alles getan haben können, um den SV 45 mit städtischem Geld zu retten. Hat sie aber nicht.“ Die „Mitte“ wisse um die Wünsche der Krainhäger, „musste aber bedauerlicherweise „Nein“ zu einem Kauf der Berghütte sagen“. Aus zwei Gründen, wie Krantz betont: Es lägen nicht alle Fakten und Zahlen auf dem Tisch. Und zudem rechne sich der Kauf mit den vorliegenden Summen so nicht. Ihr Fazit: „Wenn es die Stadt nichts kostet, dann kann doch auch das Gemeinschaftswerk alles übernehmen.“ Fehlende Zahlen moniert auch Bögel, der als Einzelbewerber im Rat sitzt und zur Gruppe „Mitte“ gehört. Trotz stundenlanger Beratungen mit Vertretern der betroffenen Vereine – dem SV45 und Gemeinschaftswerk Krainhagen (GWK) – fehle es in Fachausschüssen, Verwaltungsausschuss und im Rat noch immer an einer Gesamtliste aller Schuldenverhältnisse, so Bögel in einer Erklärung. Ebenso schwerwiegend sei der Mangel einer betriebswirtschaftlichen Analyse des Verbundsystems um das Freizeitzentrum. Dort würden das GWK und der dort die Stadt vertretende Stadtdirektor blockieren. Man wolle die Daten nicht herausrücken, da der SV 45 davon erfahren und Forderungen erheben könne, vermutet Bögel: „Primär ist die ‚Mitte‘ für die Gesamtstadt verantwortlich und nicht dazu da, Fehlleistungen der SPD-Ägide auf Kosten der gesamten Bürgerschaft zu bemängeln. Diese Rolle der SPD hat sich in Obernkirchen ein für alle Male ausgespielt.“

Zum Leidwesen der Bürger Obernkirchens, aber wohl nicht der SPD, habe sich der Stadtdirektor als Organ der Selbstverwaltung über Jahre zu weit in nebulöses „Verwaltungshandeln“ als übermächtiger Akteur begeben und die Stadt im GWK zu einem wichtigen Gläubiger werden lassen, der leer ausgehen werde, wenn eine Insolvenzregelung nach dem Rezept des Ortsbürgermeisters von Krainhagen erfolge, vermutet Bögel. Es sei denn, Stadtdirektor Mevert habe mehr Informationen zur Finanzsituation als die Mehrheitsgruppe im Stadtrat: „Es fällt doch auf, dass die SPD erst jetzt in einer Art Schutz- und Trutzgemeinschaft gegen eine demokratische Entscheidung anwettet, da der Insolvenzsachverständige dem Gericht empfiehlt, mangels Masse kein Insolvenzverfahren einzuleiten. Warum soll die Mitte zu einem anderen Schluss kommen als der unabhängige Sachverständige? Wenn die Stadt als Käufer in ein Insolvenzverfahren eintreten würde, so wie es die SPD jetzt fordert, müsste sie zunächst einen großen Sack Geld mitbringen, um die mangelnde Masse auszugleichen. Die Hauptschulden liegen aber nun einmal beim SV 45 und beim GWK.“

Die SPD wäre gut beraten, trotz ihrer heutigen Minderheitsposition die Verantwortung für Vergangenes und für die heutige Situation zu tragen oder wenigstens mitzutragen und für Durchsichtigkeit zu sorgen, „anstatt durch Eilanträge Gravierendes unter dem Teppich zu halten, wie dies in Zeiten der SPD-Mehrheit in zweifelhaften Operationen zur Regel geworden war“, sagt Dr. Bögel.

Es bleibe daher beim angesuchten Verfahren des Konkurses, das zur Versteigerung der SV 45-Immobilie führen dürfte. Niemand, auch nicht die SPD, wisse „ob dieses Verfahren für uns alle schlechter ist als ein Insolvenzverfahren. Möglicherweise läuft es rascher und für den Betrieb der Gaststätte keineswegs abträglicher ab, da es nur einen Eigentümerwechsel betrifft und jeder, der das Objekt ersteigert, an der Fortführung der Geschäfte besonders interessiert ist“. Die massive Gegenpolitik der SPD mit all ihrer Polemik sei es, die allergrößten Schaden zufüge. Die Mitte verlege ihre Fraktionssitzungen ganz bewusst vom Rathaus in das Freizeitzentrum nach Krainhagen, um ihr Vertrauen in diese halbstädtische Einrichtung zu untermauern. Bögel: „Vielleicht fällt der SPD auch noch etwas Positives ein.“